

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei jeder Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 4.- M., bei höchstem Postbezugs monatlich 4.68 M., bei Zustellung unter Straßband für Deutschland 6.50 M., für Ausland 7.50 M., per Brief 12.50 M.

Redaktion und Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 III, Fernsprecher: Amt Norden 2805 und 2890.

Inserate sollen die achtspaltige Nonpareilzeile oder deren Raum 1,20 M., Wortanzeigen das fette Druckwort 60 Pf., jedes weitere Wort 25 Pf., Leerzeilen 10 Pf. Bei Familien- u. Veranlagungsanzeigen fällt der Zuschlag fort. Inserate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein.

Inseraten-Abteilung: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Amt Norden 9768

FREIHEIT

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Der Sumpf des Militarismus.

Die Kauferei der Mitschuldigen.

Der vierte Tag im Marloprozess führte von neuem mitten hinein in die von lauter Korruption, von Intrigen, von Gemeinheit und Blutgier angefüllte Atmosphäre des eigensten deutschen Militarismus. In dem zähen Kampfe, den hier im Prozesseigenartigerweise die echten Vertreter von Monarchismus und Militarismus untereinander führen, in den Beschuldigungen und Verdächtigungen, die sie gegeneinander austoben, in den Enthüllungen, die sie, um den andern zu belasten, preisgeben, hören und sehen wir die ganze Furchtbarkeit und zugleich die ganze Schmach und Schande dieses Systems aus berufenstem, sachverständigstem Munde.

Die bisherigen Verhandlungen haben zur Genüge gezeigt, was Geistes Kind der Polizeihauptmann v. Kessel ist, dieser Führer der berüchtigten Spitzelabteilung, auf deren Konto die Ermordungen so vieler deutscher Revolutionäre kommen. Doch da nunmehr von diesem Herrn von Kessel das Verhängnis — selbst mit den bewährtesten Methoden der militaristischen Methode — nicht mehr abzuwenden ist, da suchen nun alle anderen Beteiligten ihn als Rettungssanker zu benutzen, und all die eigenen „Taten“ auf ihn abzumwälzen. Marlo selbst, der Lubendorff-Pfarrer Rump, der neu als Zeuge auftretende Generalleutnant von Dercken und ihr Anhang lassen verregte Anklage auf Anklage auf Kessel herniederfahren.

Kessel sei an allem schuld, Kessel allein habe Marlo zur Flucht verleitet, Kessel habe unwahr hohe Persönlichkeiten der Mitschuldigkeit und der Beihilfe verdächtigt, Kessel wolle nur sich entlasten und so fort. Und dazwischen immer deutlich das Bestreben, um jeden Preis den Oberst Reinhard zu entlasten. Doch nun legt Kessel los. Er erklärt, daß der Herr General von Dercken sich nicht entschuldigen habe, zu verlangen, daß Marlo eine halbe Million für seine Flucht zur Verfügung gestellt werde, er spricht von einer direkten „Erpressung“ Rumps und dessen Anklagen gegen ihn, um Marlo zu entlasten. Er behauptet fest, den entscheidenden Mordbefehl des Obersten Reinhard sogar noch abgeschwächt zu haben. Oberst Reinhard blüht still zu Boden und — sagt nichts; Herr General von Dercken aber gibt die Geschichte mit der halben Million war zu, behauptet aber, er habe diese Forderung nur gestellt, um v. Kessel zum Abbruch der Verhandlungen zu veranlassen.

Nun, sie alle, wie sie auch heißen mögen, Oberst Reinhard, v. Kessel, v. Dercken, oder sonstwie, sie geben einander wirklich nichts noch. Herr General v. Dercken kann übrigens auch nicht die bezeichnende Bemerkung unterbreiten, daß ein Mann wie Marlo ihm tausendfach höher gehe als die jetzige Regierung.

Dann gibt ein Zeuge, ein Freund des ermordeten Marlo, v. Weber, von neuem den Beweis, daß die Ermordung v. Kessels ein Systematisches Werk gezeitet war, ja daß man durch Spitzel immer neue, völlig unschuldige Proletarier in das Blutbad hineinziehen wollte. War doch an den Zeugen, als er in der Französischen Straße auf seinen Stuhl wartete, aus dem Nordhaus ein Zivilist herangekommen, der ihn aufforderte, doch hineinzukommen, dort habe er der Volksmarineteilung beitreten, die einen neuen Vorstoß gegen die Regierung plante. Glücklicherweise lehnte der Mann ab.

Wie, Herr Oberst Walliet, ist nicht schade, daß so ein Proletarier weniger niedergemacht wurde?

Der neudeutsche Militarismus.

Was im Marlo-Prozesse festgestellt wurde.

Der Marlo-Prozesse bringt mit jedem Tage eine Unmenge von Einzelthaten ans Licht, die in der Fülle des bisherigen Materials verloren zu gehen drohen. Eine Einzelthatgeschichte löst die andere ab, und da es der Presse nicht möglich ist, einen wörtlichen Bericht zu veröffentlichen, müssen viele wichtige Einzelheiten unter den Tisch fallen, oder sie können im Pressebericht nicht genügend hervorgehoben werden. Wir stellen deshalb zur besseren Uebersicht der bisherigen Prozeßverhandlungen folgende Einzelergebnisse fest:

1. Nach den Befehlen, die Leutnant Marlo übermittelt worden sind, hätten nicht 32, sondern mindestens 150 Matrosen

erschossen werden müssen. Oberst Reinhard hätte es sogar für angebracht gehalten, wenn sämtliche 300 Gefangene abgeschlachtet worden wären. Daß dies nicht geschehen ist, ist auf einen glücklichen Zufall zurückzuführen.

2. Der Märzaufruf war das Werk von Provokateuren, die im Dienste der Regierung oder der militärischen Behörden standen. Der Märzaufruf wurde angezettelt, um die Ueberreste der verhassten Revolutionsstruppen aus Berlin zu entfernen, damit Reinhard mit seinen Freiwilligengarden der alleinige Machthaber sein konnte.

3. Die Matrosen sind in der Französischen Straße in eine Falle gelockt worden. Spitzel haben den Löhnungssapfel in eine Verführung umgewandelt und sind selbst mit beihilft gewesen, die Matrosen in diese Falle zu locken. Daß man schon vor dem Löhnungssapfel die Absicht hatte, möglichst viele der versammelten Matrosen abzuschlachten, geht aus den Instruktionen hervor, die Reinhard am 10. März der Streifkompagnie, die den Nord vorging, erteilte. Er sagte am Tage vor der Nordaktion zum Leutnant Benther: Benther, morgen gibt es für Sie wieder etwas zu tun! Auch das Reichwehrministerium war von der Aktion unterrichtet. Beweis: die Aussage des Zeugen Herlich und das völlig passive Verhalten Koster, als ihm am Abend des 11. März der Stabskommandant Krawunde die grausame Tat mitteilte.

4. Die militärischen Behörden Berlin waren sich bewußt, daß sie das Verbrechen vor der Öffentlichkeit nicht verteidigen konnten. Sie haben alles versucht, um den Prozeß zu verhindern. Um dies zu ermöglichen, wurden die Tatberichte gefälscht und Akten geföhlt.

5. Die Flucht des Oberleutnants Marlo geschah im vaterländischen, d. h. im monarchistisch-militaristischen Interesse. Sie wurde von Hauptmann Kessel ins Werk gesetzt. Dieser hat sich dabei der Urkundenfälschung, der Bestechung und Begünstigung schuldig gemacht.

6. Als Oberleutnant Marlo in Meerburg am Bodensee weilt, hat ihn Hauptmann Kessel erneut mit falschen Papieren versehen. Sie waren auf den Namen Oskar Müller ausgestellt. Geheimrat Strauß vom preussischen Staatsministerium hat die Papiere angefertigt.

7. Oberleutnant Marlo sollte nach seiner Festnahme aus der Südbahnen Arrestanstalt entfliehen. Obere Militärs (General Dercken) hatten dabei die Hände im Spiele.

8. Hauptmann Kessel hegt in dem dringenden Verdacht, einen Meinelb geföhlt zu haben. Er hat beschworen, Oberleutnant Marlo bei der Flucht nicht beihilft gewesen zu sein, ihn insbesondere am Tage vor der Flucht nicht mehr gesehen zu haben. Das ist unwahr. Beweis: die Aussage des Zeugen Rump und Wehmer und des Angeklagten Marlo.

9. Der Vorsitzende des Gerichts verhinderte, die Widersprüche des Hauptmanns Kessel aus den Akten festzustellen, um ihn gleich an Gerichtsstelle des Meinelbes überführen zu können.

10. Die direkten Ueberreste des Matrosenmordes sind Oberst Reinhard und Hauptmann Kessel. Beide sitzen nicht auf der Anklagebank, sondern sie treten als Zeuge auf. Jeder Zivilist, dessen Mitschuld in einem Prozeßverfahren so einwandfrei nachgewiesen worden wäre, wie im Marloprozeß die Mitschuld Reinhard's und Hauptmann Kessels, wäre auf der Stelle hinter Schloß und Riegel gesetzt worden.

Wir haben mit diesen zehn Punkten nur einen flüchtigen Ueberblick über die bisherigen Verhandlungen gegeben. Ueber die Art der Prozeßführung, insbesondere über das Verhalten des Vorsitzenden, den Hauptmann Kessel bei seinen Aussagen nicht festzuhalten, ihm vielmehr „goldene Brücken“ zu bauen und Zeit zur Ueberlegung zu lassen, werden wir uns noch besonders äußern. Die zehn Punkte, deren Beweisführung nicht zu erschüttern ist, sollen vorläufig genügen, um die Schande des neudeutschen Militarismus an den Pranger der Geschichte zu stellen.

Rußland und der Friede.

(Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“)

Kopenhagen, 5. Dezember.

Nach neuerungen Litwinows ist die Regelung der Gefangenenfrage teilweise vom Frieden abhängig, den Rußland anbietet. Der Vorstoß der Entente gegen Petersburg mißlang wegen des Zusammenschlusses aller Parteien und der Erhebung der Bayern gegen Rußland. Die militärische Lage Sowjetrußlands ist günstig. Die Randstaaten und Polen sind kriegsmüde. Kutschakow und Denikins Armeeen sind in Auflösung begriffen.

Betriebsräte und Gewerkschaften.

I.

Die Arbeiterklasse hat im System der Arbeiter- oder Betriebsräte eine neue wirksame Waffe im Kampfe gegen die Ausbeutung und für den Sozialismus gefunden. Als die deutsche Arbeiterklasse die zuerst in Rußland angewandte Idee übernahm und in Anwendung brachte, kannte sie von den Arbeiterräten nicht viel mehr als ihren Namen. Handhabung und Wirkungsmöglichkeiten der neuen Waffe bedürfen auch heute noch eingehender Klärung auf Grund sachlicher Prüfung.

Wenn es in der Geschichte ein großes Beispiel dafür gibt, daß revolutionierende Ideen nicht im Kopfe eines einzelnen, eines genialen Menschen entstehen, der die Geschichte „macht“, so ist es die Idee der Arbeiter- räte. Sie entsteht in gleicher Situation an tausend Orten und in tausend Köpfen und ist vom Tage ihrer Geburt an der Ruf einer Massenbewegung. Sie ist Idee und Wirklichkeit in einem, ohne daß indes ihr konkretes Dasein vom ersten Tage ihres Lebens ab völlig einwandfrei und für jeden klar erkennbar bestimmt wäre. Wollen wir das Wesen der neuen Waffe erkennen, so müssen wir die Gründe des Entstehens der Idee untersuchen, in denen sich zugleich Wert und Zweck ihres Wirkens spiegeln.

Die soziale Revolution, die — aller Skeptizismus in den Köpfen mancher Sozialisten und allen Bemühungen der kapitalistischen Restauration zum Trotz — in ihr aktives Stadium getreten ist, hat zum Ziel die Bergesellschaftung der Produktionsmittel, die Erhebung der — im Prinzip — individuellen, kapitalistischen durch eine kollektive, gesellschaftliche Wirtschaftsführung. Da die Arbeiterklasse Trägerin der sozialen Revolution ist, stellt sich die Bergesellschaftung der Produktionsmittel im ersten Augenblick ihrer Verwirklichung als Uebernahme der Produktionsführung durch die Arbeiterklasse. Die Arbeiterklasse muß daher Organe herausbilden, die geeignet sind, im gegebenen Moment die Leitung der Produktion zu übernehmen oder doch mindestens die Kristallisationskerne für den notwendigen Organismus der gesellschaftlichen Leitung der Produktion und Verteilung der Güter zu bilden. Diese Organe sind die Arbeiterräte.

Die Lösung dieser Aufgabe ist ihr höchster Zweck. Wollen sie ihn erfüllen, so muß ihr Augenmerk bei allen ihren Handlungen auf das Wirtschaftsganze gerichtet sein. Keinerlei Verunsicherungen oder Betriebsrisiken dürfen ihren Blick beschränken. Die Größe der Aufgabe gebietet, daß die Arbeiterklasse ihre besten Kräfte in die Räteorganisation entsendet. Und dieser Umstand, im Verein mit der Weite des Gesichtsfeldes, die dem Arbeiterrat eigen sein muß, macht die Arbeiterräte, großzügig zu wohlgegliederten Organisationen verbunden, hervorragend zur Teilnahme an der Führung und Förderung des proletarischen Klassenkampfes geeignet. Womit der Rätebewegung eine zweite wesentliche Aufgabe erwächst, die, in Verbindung mit der ersten gegeben, zeigt, daß nur revolutionäre Sozialisten befähigt sind, dem Zweck der Räteidee gerecht zu werden. Mit Arbeiterräten, die sich politisch zur demokratischen Partei bekennen, wird man diese Aufgabe nicht erfüllen können.

Organisatorisch muß die Räteorganisation, die geistig die Gesamtwirtschaft beständig im Auge behalten soll, an die kleinste Zelle des Wirtschaftslebens, an den Einzelbetrieb, anknüpfen. Darin liegt von vornherein eine gewisse Gefahr für die Verengung der Idee, die nur überwunden werden kann durch eine ernsthafte sozialistische Schulung der Arbeiterräte und eine dauernde gründliche Propagierung der Gedanken, die dem System zugrunde liegen, in der Arbeiterschaft. Die kleinste Einheit der Räteorganisation, der Betriebsrat, muß in ständiger enger persönlicher und geistiger Fühlung mit den zentralen Räten der Räteorganisation stehen, in denen die Masse der Betriebsräte nach größeren Gesichtspunkten zur Lösung ihrer umfassenden Aufgaben zusammengeführt werden muß. Der Betriebsrat wird die Beobachtungen am Einzelbetrieb zur Kenntnis der höheren Organe

Konflikten zu bringen haben, wo sie sich zu einer allgemeinen Ueberfahrt verdichten, wo Nyanwendungen allgemeiner Natur aus den Einzelerscheinungen zu ziehen und auf die Gestaltung der Produktion im allgemeinen wie im Einzelbetrieb anzuwenden sind, deren Durchführung wiederum der Betriebsrat im Einzelbetrieb zu betreiben und zu überwachen hat.

Voraussetzung für dieses Wirken ist, daß der Betriebsrat, wenn er schon vor der endgültigen Ueberwindung der kapitalistischen Wirtschaftform — also in Deutschland etwa schon jetzt unter Benutzung eines härteren politischen Einflusses der Arbeiterklasse — Einfluß gewinnen will, um die Sozialisierung vorzubereiten und voranzutreiben, Einfluß in alle Betriebsvorgänge erlangen muß. Und damit berührt die Räteidee den Kapitalismus an seiner verwundbarsten Stelle: der Betriebsrat tastet die Alleinherrschaft des kapitalistischen Unternehmers im Betrieb und damit die Vorherrschaft der Kapitalistenklasse in der Produktion an; er wird — wenn auch nicht nominell, so doch faktisch — Mitbesitzer der Produktionsmittel, indem er über ihre Anwendung mitgebietet.

Wie der organisatorische Aufbau des Systems in den Einzelheiten zu gestalten ist, wäre Gegenstand einer besonderen Untersuchung, die in diesem Zusammenhang nicht vorgenommen werden kann. Sicher ist nur, daß sich die Räteorganisation als Organismus einer gesellschaftlichen Wirtschaftsführung, als Behörde der Sozialisierung der wirtschaftlichen Struktur des Landes eng anschmiegen muß, wenn sie einflußreich sein soll.

Aus alledem geht hervor, daß die Aufgaben der Räteorganisation nur durch sie erfüllt werden können, durch eine andere Organisation, etwa durch die Gewerkschaften. Die Gewerkschaften werden noch lange Organisationen zur Vertretung von „Arbeiterinteressen“ bleiben müssen, während die Zwecke der Räteorganisation auf dem Gebiete der Betriebs- und Produktionsleitung liegen. Es bedarf keiner langen Ueberlegung, um einzusehen, daß sich diese grundverschiedenen Aufgaben nicht mit-

einander vereinen lassen, woraus folgt, daß es zur Erfüllung der Räteaufgaben einer besonderen, unabhängigen Organisationsform bedarf, die die Befehle ihres Werdens und Wirkens wohl mit Rücksicht auf die gesamte Arbeiterbewegung und ihre anderen Glieder, aber doch selbständig entwickelt und bestimmt.

Nun entwickelt sich jedoch in der Arbeiterklasse von einer anderen Seite her eine Bewegung, die zu Forderungen gelangt, die der ersten und wichtigsten Forderung der Räteidee, dem Verlangen nach Einfluß im Betrieb, täuschend ähnlich ist. Und diese Erscheinung kommt aus der Gewerkschaftsbewegung und findet ihren praktischen Ausdruck zunächst in der Forderung des Mitbestimmungsrechts. Diese Forderung ist der Räteidee nahe verwandt, und nicht nur dadurch, daß sie sich zu ihrer Verwirklichung des gleichen Instruments zu bedienen sucht, wie die Räteorganisation: des Betriebsrates, der das Mitbestimmungsrecht ausüben soll. Auch die Gewerkschaften fordern Einfluß auf die Betriebsgestaltung, ohne indes in der Benutzung dieses Einflusses so weit zu gehen wie die Räteorganisation, die aus der sozialen Revolution in ihrem gegenwärtigen Stadium entsteht. Sie bewegen sich auch bei dem Kampfe um das Mitbestimmungsrecht im Rahmen der Vertretung von Arbeitnehmerinteressen.

Trotz dieser innigen Verwandtschaft beider Erscheinungen wäre es falsch, in der gewerkschaftlichen Forderung nach dem Mitbestimmungsrecht lediglich einen Ableger der eigentlichen revolutionären Räteidee zu sehen. Diese Forderung der Gewerkschaften entspringt dem Eigenleben der Gewerkschaftsbewegung und seinen Notwendigkeiten, und sie wäre früher oder später aufgetaucht, auch wenn die sozialistische Revolution nicht zum offenen Ausbruch gekommen wäre, — was in den ersten Monaten der Revolution nicht sofort zu erkennen war, heute jedoch immer deutlicher wird. Aber es ist eine eingehende Untersuchung der gegenwärtigen Lage der Gewerkschaftsbewegung nötig, um diese Zusammenhänge klar zu erkennen. Sie soll in einem zweiten Artikel versucht werden.

Der Parteitag in Leipzig.

6. Verhandlungstag.

(Fortsetzung aus der Morgenausgabe.)

Genossin Braunthal-Berlin: Die Ausführungen des Genossen Dismann haben ganz klar den deutschnationalen Geist gezeigt, der sich ausdrückt in den Worten: Deutschland in der Welt voran! (Lebhafter Widerspruch.) Trotzdem wir unsere eigenen Beschlüsse nicht befolgt haben, wollen wir uns den anderen Parteien gegenüber als die Lehemeister aufspielen. Mit der Annahme der Resolution Stöcker ist nicht gesagt, daß wir alle Methoden der Bolschewiki billigen. Wir haben eine klare Entscheidung zu fällen und das ganze Land und Ausland schaut auf uns. Die russischen Sozialisten sind von uns ja nicht das erste Mal enttäuscht worden. Genossin Braunthal verweist auf den Marsch der Deutschen auf Petersburg. Jetzt haben wir eine Gelegenheit, den Russen unsere Unterstützung zu leisten. Durch unseren Anschluß an die dritte Internationale schaffen wir eine klare Situation auch in den Entente-Ländern. Gerade die Frauen waren es, die 1915 zum erstenmal die revolutionäre Internationale wieder errichteten. Ich fordere Sie auf, konsequent Ihre Entscheidung zu treffen und die Resolution Stöcker anzunehmen. (Beifall.)

Genossin Heg-Berlin fragt die Genossin Braunthal, ob es denn ein Verbrechen sei, wenn man die Initiative zur Schaffung einer revolutionären Internationale ergreift. Ja, ich habe nichts dagegen, wenn es im revolutionären Sinne heißt: Deutschland in der Welt voran! (Lebhafter Beifall.) Es ist für das Schicksal der Internationale von größter Bedeutung, nicht nur nach Moskau zu gehen, sondern auch die revolutionären Parteien der entwickelten Weltmächte zu erfassen.

Wir sind von größter Sympathie erfüllt für den Kampf unserer russischen Genossen.

Wenn wir hier platt den Anschluß an Moskau beschließen, so ist das jedenfalls nur eine schöne Geste. Wenn wir oder unsere Bemühungen fortsetzen, mit Moskau und den revolutionären Parteien der anderen Länder zusammenzukommen, so ist das die erste internationale revolutionäre Tat. Wir dürfen die Resolution der Parteileitung nicht nur annehmen, wir müssen auch diesen Weg fortsetzen. Die äußeren Schwierigkeiten haben es gehindert, daß wir noch nicht weiter sind als heute. Genossin Heg bemerkt, daß es auch der Genossin Feilich, gewiß eine glänzende Vertreterin der Internationale, nicht möglich ist, die längst geplante internationale Frauenkonferenz auszubringen. Aber auch diese Schwierigkeiten werden zu überwinden sein. Wir sind der Meinung, daß viel weniger Schwierigkeiten nach Westen bestehen, und wenn die revolutionäre Entwicklung dort vor sich geht, es unsere Pflicht ist, auch gleichzeitig mit den westlichen sozialistischen Parteien zusammenzutreten. Diese Internationale muß

eine Internationale der Tat

sein, die die Weltrevolution vorwärtsdrückt.

Brasunewicz-Bremen begründet einen Antrag auf Schluß der Debatte.

Karl Hoffmann-Berlin widerspricht diesem Antrag.

Der Antrag wird mit großer Mehrheit abgelehnt.

Remmele-Stuttgart: Kompromisse waren wohl nie eine revolutionäre Tat. Revolutionäre Tat ist auszusprechen, was ist. Diese Meinungsverschiedenheiten mühen zum Ausbruch gebracht werden. Was Ledebour zur Begründung seiner Resolution vorbrachte, war aus der Rüstammer des Bürgerturns geholt. Remmele polemisiert weiter unter lebhafter Heiterkeit des Parteitag gegen Ledebour. Er weist nach, wie die russischen Kommunisten zu ihrer Anklage gegen die deutschen Unabhängigen gekommen sind. Die Wissenschaftskautschuk wurde von der deutschen Regierung unter die deutschen Arbeiter verteilt. (Widerspruch Dörfelings.) Man ist den russischen Revolutionären in die Platte gefallen und hat die deutsche revolutionäre Welle gebremst. Daher die Anklage der Bolschewiki. Alle moralischen Faktionen, die Ledebour und Dörfelings angeführt haben, haben mit dem Problem nichts zu tun. So lange der Staat Diktatur ist, wird man mit Diktatur und Terror zu rechnen haben. Das ist das selbstverständliche ABC unserer historischen Erkenntnis. Alle Bedenken haben ihre Ursache darin, daß sie meistens nicht auf dem Boden der dritten Internationale stehen. Der Parteitag muß die Richtschnur geben, für den Weg nach Moskau. (Beifall.)

Ledebour-Berlin: Ich bitte mich gar nicht ein, daß unser Beschluß eine revolutionäre Tat sein könnte. Aber ich möchte die Einmütigkeit, um uns die Initiative zu sichern bei der Schaffung der revolutionären Internationale. Ledebour wendet sich unter lebhafter Heiterkeit des Parteitag gegen die

Heuerung der Genossin Braunthal, daß nationalistische Gründe leitend gewesen seien bei der Abfassung der Resolution der Parteileitung. Genosse wendet er sich gegen Remmele und stellt fest, daß dieser wenigstens die Dinge beim Namen nennt, während Däumig immer von irgendwem spricht. Trotzdem die Bolschewiki von uns gesagt haben: „Ihr seid uns zu kompromittiert!“, wollen wir unbeschadet dessen mit ihnen zusammen in eine Internationale. Ich bin der Ansicht, daß man ein gewisses Maß von Erblichkeit haben muß, daß man sich nicht alles gefallen läßt. Ich bitte alles auf, mit den Bolschewiki zusammen zu arbeiten. Es kommt für mich darauf an: wenn irgend jemand in der Regierung, sei es eine bürgerliche, sei es eine proletarische, die Staatsmacht ausübt, um mit terroristischen Mitteln

die freie Meinung zu unterdrücken und Menschen Hinzumorden, so kann ich das nicht billigen. Aber wenn wir Gegner unserer Regierung den Kampf gegen den Rote-Terrorismus aufnehmen wollen, so dürfen wir den Terrorismus auch bei unseren Freunden nicht verteufeln. (Lebhafter Beifall.) Das ist die niedrigste Terroristenmoral, die hier verteidigt wird. Wir streben einer höheren Moral zu, wir sind die Vorkämpfer der Moral der künftigen klassenlosen Gesellschaft. (Lebhafter Beifall.)

Stern-Essen: Die Bolschewiki haben als Grund dafür angegeben, daß sie nicht mit uns zusammen sitzen wollen, daß wir nicht revolutionär genug sind. Stern polemisiert unter lebhafter Unruhe gegen Ledebour. Befreien Sie sich aus der Stimmung all der Zirkel, von der Sie jetzt befangen sind! Wir müssen eine ernste Debatte führen und keine Komödie aufspielen. Es handelt sich nur darum, eine dritte oder eine vierte Internationale zu haben. Für mich kommt es nicht auf die Bitter an, sondern ich frage mich: vollziehen wir jetzt den Anschluß? Sind wir einverstanden mit der dritten Internationale oder nicht? Das ist es, was wir ausprechen müssen. Ich bin der Ansicht, wie Hilferding, daß wir unästhetische Waffen nicht gebrauchen dürfen.

Die Taten der Bolschewiki sind für uns nicht maßgebend, wie haben uns nur an ihr Programm zu halten. Es kommt zu heftigen Unterbrechungen im Laufe der weiteren Ausführungen des Redners, als er feststellt, daß es zwei Richtungen in der Partei gebe. Wir müssen auch fragen, was steht hinter den Stimmungen der Massen? Wir haben auch zu berücksichtigen, ob wir in kurzer Zeit die Russen nicht eher besuchen, als sie uns. Diejenigen, die eine Tat vollbringen wollen, sollen das auch gangbar machen. Wir man zwei Auffassungen zusammen, so kommt nur eine halbe Tat heraus. Sammeln Sie Ihre Ueberzeugung gemäß. (Beifall.)

Ein erneuter Geschäftsordnungsvorschlag auf Schluß der Debatte ist eingebracht. Ulrich-Oberbahren begründet ihn.

Der Antrag wird angenommen.

Im Schlußwort sagt Genosse Gröbner, daß man doch nicht auf einem Platten-Kontinente die Worte spalten sollte. Wir dürfen unser Aktionsprogramm nicht aufgeben, sonst müssen wir eine kommunistische Partei werden. Geben Sie der Parteileitung eine klare Richtlinie, die sie vertreten kann, sonst müssen Sie sich eine andere Parteileitung wählen. Treiben Sie nicht auseinander, sondern stellen Sie sich hinter die Resolution der Parteileitung. (Lebhafter Beifall.)

Auf Vorschlag des Bureau soll namentliche Abstimmung stattfinden.

Quest wird folgender Zusatzantrag zur Resolution der Parteileitung angenommen:

„Sollen die Parteien der anderen Länder nicht gewillt sein, mit uns in die Moskauer Internationale einzutreten, so ist der Anschluß von der deutschen U. S. P. allein vorzunehmen.“

Es wird beschlossen, von Schindler-Berlin und von Ledebour unterstützt, die Abstimmung in der Richtung vorzunehmen, daß erst über die Resolution Stöcker und dann über die der Parteileitung abgestimmt wird.

Dismann-Frankfurt bittet, bei dem Vorschlag des Bureau auf namentliche Abstimmung zu bleiben.

Remmele wird die namentliche Abstimmung über die Resolution Stöcker vorgenommen. Nach dieser Abstimmung entspringt sich eine lebhafteste Geschäftsordnungsdebatte darüber, ob man das Resultat der Abstimmung über die Resolution Stöcker erst abwarten soll, ehe man die Abstimmung über die Resolution der Parteileitung vornimmt. Das vorläufige Resultat der Abstimmung über die Resolution Stöcker ist: 114 mit Ja, und 160 mit Nein. Nach diesem Resultat wird die namentliche Abstimmung über die Resolution der Parteileitung vorgenommen. Sie ergibt: 227 mit Ja und 51 mit Nein.

Es ist ein Antrag auf Neuwahl des gesamten Vorstandes eingebracht.

Dismann-Frankfurt hält lediglich eine Neuwahl für notwendig, die Sekretäre kann man einfach beauftragen. Gröbner es sich aber um die Vertrauensfrage, dann muß Neuwahl des gesamten Vorstandes erfolgen. Wir verneinen die Notwendigkeit der Vertrauensfrage.

Krause-Berlin ist für die Neuwahl des Vorstandes.

Reich-Hamburg: Dieser außerordentliche Parteitag hat sich ein außerordentliches Programm gegeben. Auch unser Bedacht für die Internationale muß von Genossen vertreten und durchgeführt werden, die mit Hinz und Herz dafür sind.

Gröbner-Berlin hält angesichts der entscheidenden Beschlüsse des Parteitag die Neuwahl des Vorstandes für notwendig.

Gröbner-Berlin macht darauf aufmerksam, daß die Parteileitung sowohl das Aktionsprogramm, wie die Resolution zur Internationale, eingebracht hat. Wenn man jetzt verlangt, daß der Parteivorstand abtreten soll, dann heraus mit der Sprache, was man gegen ihn hat.

Simon-Rürnberg spricht im gleichen Sinne.

Dismann-Frankfurt erneuert seine Meinung, alles offen auszusprechen, wenn man etwas gegen die Vorstandsmitglieder habe.

Seger-Leipzig stellt fest, daß man mit der Beseitigung des bisherigen Vorstandes den Anschluß an die dritte Internationale fördern und daß man es zu einer erneuten Kräfteprobe kommen lassen will.

An der Debatte beteiligen sich weiter Gisel-Berlin, Simon-Rürnberg und Adolf Hoffmann-Berlin.

Genosse Gröbner gibt die Erklärung ab, daß die gesamte Parteileitung und die Kontrollkommission sich zur Wahl stellt. Er mahnt den Parteivorstand nicht einseitig zu befehlen, damit ein gedeihliches Arbeiten möglich sei.

Damit wird die Debatte geschlossen. Der Parteitag nimmt mit großer Mehrheit den Antrag auf Neuwahl des Vorstandes an.

Es wird der Wunsch ausgedrückt, daß sich die Landeskommissionen über ihre Beschlüsse verständigen.

Die Verhandlungen werden um 11¼ Uhr abends auf Samstagabend vertagt.

Von den Berlin-Brandenburger Delegierten haben für die Resolution Stöcker gestimmt: Martha Krensch, Vera Braunthal, Johann Buchweh, Ernst Däumig, Otto Fischer, Hans Kiesel, Erich Kleinhardt, Emil Koch, Künzler, Siegfried von Richard, Richard K. Linde, Franz Müller, Richard Kaiser, Karl Mednagel, Paul Schindler, Ebers, Fritz Thum, Wilhelm Thum.

Gegen die Resolution Stöcker stimmten: Adolf Gröbner, Paul Gisel, W. Frendanz, Paul Sagner, Jürgen, Adolf Hoffmann, Paul Jensch, Bruno Krause, Franz Krause, Dr. Löwenstein, Franz Rosow, Fritz Voehr, Hermann Ritter, Hans Rosenberg, Fritz Schneider, Paul Scherdt, Max Wilhelm, Dr. Zimmermann, Thomas und Ledebour.

Gegen die Resolution des Parteivorstandes stimmten: Däumig, Fischer, Kleinhardt, Koch, Künzler, von Leopold, Franz Müller, Kaiser und Ebers.

Die andern Berlin-Brandenburger Delegierten stimmten für diese Resolution.

Nach England droht.

LONDON, 3. Dezember (Meuser).

Benar Law erklärte in Glasgow unter Bezugnahme auf die bestehenden Zweifel, ob Deutschland den Friedensvertrag ratifizieren werde, Großbritannien und seine Verbündeten hätten die Macht und würden sie, wenn nötig, gebrauchen, um durchzusetzen, daß der Friedensvertrag mit Deutschland nicht nur ratifiziert, sondern auch in Anwendung gebracht würde. Ein genügend großer Teil des britischen Ozeers sei befehen gehalten, um die Bedingungen des Friedensvertrages durchzusetzen.

Der gestern gemeldeten sehr deutlichen französischen Drohung folgt nun heute der englische Hinweis auf militärische Zwangsmaßnahmen. Daraus geht hervor, daß man auch in England am guten Willen der deutschen Regierung zur Vertragstreue zu zweifeln beginnt. Das alles sind die Folgen der Illusionspolitik der deutschen Regierung.

Neue Unbesonnenheiten.

In Kiel ist nach vorliegenden Meldungen ein englischer Dampfer, der mit Gefangenen an Bord durch den Nord-Ostsee-Kanal nach Danzig fuhr, angehalten worden. Von den 600 Gefangenen sollen angeblich 500 deutsche Staatsangehörige gewesen sein. Die englische Waffenstillstandskommission soll über diese deutschen Staatsangehörigen als Polen und Russen befragt haben und die Absicht gehabt haben, sie über Danzig nach Polen zu befördern, um sie in die russisch-polnische Armee einzurücken. In Holtenau sind einige der Gefangenen beherbergt und der englische Dampfer hat angeblich auf sie geschossen und dadurch die deutsche Division die Holtenauer Schanze besetzt und der Dampfer festgehalten worden und man hat die deutschen Gefangenen zwangsabhängig befreit.

Die ganze Angelegenheit ist äußerst unklar. Da es den Anschein hat, daß es sich nicht nur um eine englische Willkür gegen die man auf dem dazu gegebenen Wege durch die Waffenstillstandskommission protestieren mußte, sondern auch um deutsche Unbesonnenheiten handelt, die wieder einmal schwere Folgen nach sich ziehen können, so erwarten wir schnelle Klärung von der Regierung und wenn dabei sich die Schuld der deutschen Behörden herausstellen sollte, die strenge und sofortige Bestrafung der Schuldigen.

Vom Moskaner Rätekongreß.

Amsterdam, 6. Dezember.

Die „Telegraaf“ meldet, bringt ein drahtloses Telegramm aus Moskau eine offizielle Mitteilung über den in Moskau stattfindenden Sowjetkongreß. Darin heißt es: Der rote Sowjetkongreß tritt in einem Augenblicke zusammen in dem roten Heer auf allen Fronten Erfolge davonträgt, und infolge der Vernichtung aller anderer Feinde der Bürgerkrieg seinem Ende entgegengeht. Die Entente drückt an Waffenschiffen mit Sowjetrußland. Wir werden Frieden schließen, aber unter der Bedingung, daß die Entente sich nicht in unsere Angelegenheiten einmischen. Wir sind bereit Zugeständnisse zu machen, werden aber keinen Frieden unterzeichnen, durch den wir untergraben werden. Die Regierung der Bauern und Arbeiter ist und wird sein die einzige Gewalt in dem arbeitenden Rußland.

Offensive der Sowjet-Armee gegen Denkin.

H. N. London, 5. Dezember.

„Daily Express“ berichtet von der Denkinfront, daß die Sowjetarmeen alle Kräfte mobil und sichtlich von Moskau zur Unterstützung haben, um einen Vorstoß gegen den Witebsker Front des Denkinerzuges zu unternehmen. Circa 100 000 Soldaten würden in Bereitschaft gehalten. Die Absicht sei, Denkin durch einen Vorstoß zurückzudrängen, was ihnen veranlassen gelingen würde. Die Initiative sei völlig in den Händen der Sowjetarmee. Denkin Rückzug verleihe sich demnach in nächster Ordnung.

Die Steuerdebatte.

Eine Flut von kleinen Anfragen strömte am Anfang der gestrigen Sitzung über das Haus, entsefelt hauptsächlich von den Deutschnationalen, die mit konstanter Bosheit immer neue Anlässe finden, der Regierung Nadelstiche beizubringen. Dabei meint sie es so gut mit ihnen: bemühte sie doch gestern eigens den Minister des Innern, Herrn Müller, für sie. Es handelte sich um die aus dem Baltikum heimkehrenden Meuterer, die nach ihrer Verhaftung hungernd und frierend und ohne ärztliche Hilfe im Feuer der „verräterischen“ Ketten nach Deutschland geschickt würden. Herr Müller versicherte Herrn Mümm, die Regierung tue alles, um das Los dieser Leute — die bis vor kurzer Zeit noch als Hochverräter beim Passieren der Grenzen erschossen lassen wollten — zu erleichtern und ihnen die Arme der Heimat recht liebevoll geöffnet entgegenzustellen. Es ist Freude bei ihr über die rühmlichen Taten wie im Himmel um den bekehrten Sünder.

Bemerkenswert war noch die Antwort auf die deutschnationale Anfrage wegen der angeblichen Beschränkung des Weihnachtverkehrs. Sie ist nicht in Aussicht genommen, auch keine sonstige Verkehrsperre, da sich die Verkehrswege etwas gelockert hat.

Nachdem an Stelle Fischers von der Rechten Herr Schmidt aus Reichen zum Schriftführer gewählt worden, begann die Debatte über Erzbergers Steuerreform. Als erster sprach Herr Reil für die Regierungspartei. Er polemisierte nicht ungeschickt gegen die hochwichtige Reichsfinanzpolitik, die Milliarden verpalbert hätte, ohne für Deckung zu sorgen, und die Schuld sei, daß sie jetzt bis zum Hals in der Linte stecken. Freilich verlor er bei seiner Kritik ganz, daß seine Leute selbst an der Verhinderung dieser Linte munter geholfen. Sie haben auch die Finanzpolitik im Kriege opportunistisch betrieben und die grundsätzlichen Steuererklärungen, die verschiedene Male für die U. S. V. Genosse Haase abgegeben, stets Ekel und Spott entgegengebracht, wobei gerade Herr Reil immer kommandierender Leutnant gewesen. Auch jetzt ist er bis auf nebensächliche Ausstellungen mit den neuen Steuern einverstanden. Den Ertrag der Einkommensteuer hält er höher ein als Erzberger, der 8 Milliarden errechnete. Er verlangt, doch mit ihr zugleich der in Vorbereitung befindliche Entwurf über die Besteuerung juristischer Personen, der Aktiengesellschaften und Toten Hand, Gesetz werde, und wünscht bei der Kapitalertragssteuer statt des vorgesehenen einheitlichen Steuersatzes von 10 v. H. eine progressive Gestaltung der Abgabe. Sie allein sei umstände, der „ungeunden Kapitalkonzentration“ einen Riegel vorzusetzen. Damit ist auch Herr Reil unter die Entdecker eingegangen: er will den Kapitalismus durch Steuern erlösen, auf welchen Gedanken er ein Patent anmelden kann.

Über die völlige Entrossung der finanziellen Selbstständigkeit der Gemeinden verlor er kein Wort. Er ist damit einverstanden, daß ihnen das Recht selbständiger Erhebung von Zuschlägen zur Einkommensteuer genommen wird und zugleich auch die ihnen durch das Interimsgesetz eben erst gegebene Möglichkeit, durch die Art der Staffelung die niedrigen Einkommen zugunsten der hohen von den Gemeindefürsorgern möglichst freizustellen. Und ebenfalls sprach er vom Paragrafen 44 des Einkommensteuergesetzes, der die Unternehmer verpflichtet, allen Arbeitern und Angestellten bei der Lohnzahlung 10 v. H. des Betrages für die Steuern einzubehalten. Er findet es aber in der Ordnung, daß zumal den Karriern dieselben Möglichkeiten der Steuerdefraudation bleiben wie bisher. Wer soll ihnen das Einkommen nachrechnen, das aus dem Selbstverbrauche der erlaubten Lebensmittel und dem Verkaufserlöse aus dem Ueberkauf besteht? Sie können weiter Steuern künden, während jedem Lohn- und Gehaltsempfänger jeder verdiente Pfennig von vornherein an die Steuer gehängt wird.

Kurz: die einfachsten sozialen Wirkungen der neuen Steuerreform sind dem Herrn Reil böhmische Dörfer. Er spricht für eine Regierungspartei: alles andere ist Schnuppe!

Der Zentrumredner Dr. Lehner bewies etwas mehr Verständnis für diese Dinge. Er sprach starke Bedenken über den genannten Paragrafen aus und wünscht auch mehr Bewegungsfreiheit für die Gemeinden. Was ihn freilich nicht hinderte, trotz aller verfassungsmäßigen Bedenken und Kritik im einzelnen, der großzügigen Finanzreform des Herrn Reichsfinanzministers ein kräftiges Lob zu singen. Auch in Mittelstandsretterei übte er sich: jammerte über die spangweise Pensionierung der über 65 Jahre alten Beamten, bemängelte den niedrigen Satz des steuerfreien Einkommens und verlangte Privilegien für Familienstand und Kinderzahl. Endlich forderte er von der Kommission eine Untersuchung über die Zulässigkeit von Einkommensteuernzuschlägen durch die Gemeinden, deren steuerliche Rechte nach der Verfassung nicht angegriffen werden dürfen und wies, wie er begonnen: mit einem Dank für die tatkräftige Arbeit des Herrn Reichsfinanzministers.

Der nicht höchst freundlich grinsend, dankt aber nur mit unerbittlicher Alltagsmüde. Die ihn auch nicht verließ, als er das Wort nahm, um sein Reichsnoteopfer zu verteidigen, das die Herren Reil und Lehner vor dem Zugriff der Entente nicht sicher wägen. Auf Grund der einschlägigen Bestimmungen des Friedensvertrages und eines Gutachtens des Reichsjustizministers hat er eine Erklärung verfaßt, die der Entente ihr Unrecht nachweisen soll, falls sie den Ertrag des Reichsnoteopfers für sich beansprucht. Dann bringt er nochmals in kräftigen Tönen die soziale Gerechtigkeit der neuen Steuern, woraufhin die Kommission sie freilich nochmals besonders prüfen müsse. Aber seine Miene kündete an, daß er ihre glatte Zustimmung schon in der Tasche zu haben glaubt.

Nach Erzbergers Plädierte für die Demokraten Dr. Der nburg als Anwalt des bedrohten Kapitalismus. Er begann mit dem Friedensvertrag, schimpfte auf den Leibzettel unabhängiger Arbeit, der die Existenz der Minderheit zum Primat erhob, zitierte die zusammengebrochene sozialistische Internationale, auch über alle diese Dinge das Del seiner Zeit, strakte den Scheiterhaufen in Brand und machte sein schmerzliches Schein die nicht gerade neue Entdeckung, daß die Sozialisierung merkwürdig in einem der Gesamtheit dienlichen Programmatisch in einem der Gesamtheit dienlichen Programmatisch eintraten. Freilich sei Geld nicht das höchste Gut; aber dem Erwerbssinne müsse genügender Spiel-

raum gelassen bleiben. Dann erst sei eine ständige Erneuerung der Gesinnung auch zum Vorteil des Steuerbürgers möglich, die jetzt das Reichsnoteopfer unmöglich mache. Die Auslandsflucht der Besitzenden wäre die Folge davon gewesen. Das Sparkapital allein könne den Kredit liefern, den wir zum Wiederaufbau des deutschen Wirtschaftslebens brauchen. Deshalb dürfe man es durch das Kapitalertragssteuergesetz nicht schaden. Ein Verbrechen bedeute es, wie die Deutschnationalen die Sparprämienanleihe „Erzbergeranleihe“ zu nennen, weil sie dann kein Mensch zeichne. Arbeit müsse die Lösung unserer Lage sein; deshalb glaube er, daß seiner Forderung einer Reichsarbeitsstunde zur Verlangung des Achtstundentages jetzt mehr als je Berechtigung zukomme. Die neuen Steuern belasteten die Rentiten viel zu sehr und die Kapitalertragssteuer stelle einen ganz neuen Eingriff in Privatangelegenheiten dar. U. S. V. Herr Dernburg rang wie ein Ertrinkender mit der Steuerflut und den Gedanken, die sie in ihm erregten, bis er endlich den rettenden Balken einer formulierten Erklärung seiner Fraktion erwischt, die er mit abblauendem Pathos verlas. Dann sprach er noch ein paar gerührte Worte des Mitleides mit den so hart getroffenen Rentnern und trat ab.

Der Matrosenmord vor Gericht.

4. Verhandlungstag.

Hoffmann und Dergen als Mitschuldige!

Am heutigen Sonntagabend morgen werden die Zeugenvernehmungen fortgesetzt. Neu erschienen sind der jetzige Oberleutnant v. Hoffmann, der bei der Sicherheitspolizei angeheilt ist, und der feierzeit Oberleutnant Marloh zur Flucht verholfen und ihm das Geld überbracht hat, sowie Generalleutnant z. D. Eggelsen v. Dergen, welcher seinerzeit der entscheidenden Unterredung zwischen Hauptmann v. Kessel und Pirater Rump beistand.

Zuerst wird Oberleutnant v. Hoffmann vernommen. Vorf.: Sie haben auf Befehl des Hauptmanns v. Kessel am 1. oder 2. Juni Oberleutnant Marloh zur Flucht verholfen? Zeuge: Ich habe von Hauptmann v. Kessel weder Befehl noch Auftrag gehabt Oberleutnant Marloh zur Flucht zu verhelfen. Vorf.: Haben Sie Oberleutnant Marloh beieingehigt? Zeuge: Darüber verweigere ich meine Aussage. R. A. K. A. K.: Hat der Zeuge dem Oberleutnant Marloh 5000 Mark überbracht und von wem hat er das Geld erhalten? — Zeuge: Auch darüber verweigere ich meine Aussage. R. A. K. A. K.: Es liegt hier wohl kaum das Recht zur Zeugniserweigerung vor. Zeuge: Soweit ich mich erinnern kann, war es Hauptmann v. Kessel am 1. Juni nicht bekannt, daß ein Haftbefehl gegen Marloh vorlag. R. A. K. A. K.: Ist es dem Zeugen bekannt, daß Hauptmann v. Kessel am 1. Juni eine telefonische Mitteilung hatte, daß ein Haftbefehl gegen Marloh vorlag? Zeuge: Darauf kann ich mich nicht erinnern. Angellagerter Marloh: Am 25. Mai fuhr ich im Dienstauto mit Hauptmann v. Kessel zu meinem Verteidiger Rechtsanwalt Kistath. Während der Fahrt sagte Hauptmann v. Kessel zu mir: „Als, Marloh, lassen Sie sich schnellst eine Prothese machen, Sie bekommen dann 50 000 Mark von mir und müssen verschwinden.“ Ich antwortete: „Ich denke ja gar nicht daran.“ Hauptmann v. Kessel wollte dann gern der Unterredung mit meinem Verteidiger beistehen, wie er auch bei meinen Vernehmungen stets gern zugegen sein wollte. Damals fiel von seinen Seiten Kessels infolge meiner Ablehnung, zu fliehen, die Äußerung: „In Zukunft lasst wir alle Freunde.“ Das war Ausgangspunkt für die Unterredung zwischen Hauptmann v. Kessel und mir, die sich verhandelt werden. Ich ging daraufhin zu Hauptmann v. Kessel. Kessel war außerordentlich erregt und sagte zu mir: „Was machen Sie hier noch, werden Sie sich weigern.“ Am 1. Juni abends war ich fest entschlossen, mich in Schwabach zu begeben. Ich blieb die Nacht bei meinem Onkel, dem Pirater Rump. Am 2. Juni kam Kessel zu meinem Onkel, Pirater Rump, und verstand es, ihn gründlich einzuwidern. Leutnant Hoffmann brachte mir am 3. Juni 5000 Mark und eine Fahrkarte 1. Klasse nach Frankfurt a. M.

Dieses Geld und die Auslagen für die Fahrt müssen von Hauptmann v. Kessel gestammt haben.

Ich entschloß mich erst dann zur Flucht als Pirater Rump mir sagte, es läge im vaterländischen Interesse, wenn ich im Augenblick fortginge. Zeuge Oberleutnant Hoffmann: Die Aussage des Angeklagten ist soweit richtig. Auf Einzelheiten der Flucht gehe ich, wie ich vorher schon sagte, nicht ein. Marloh war noch am Sonntag fest entschlossen zu bleiben und sagte erst am Montag den Entschluß zu geben, als sein Onkel ihm erklärte, sein Weggang würde im vaterländischen Interesse sein. R. A. K. A. K.: Hat Oberleutnant Marloh einen falschen Auslandspaß gehabt? Marloh: Hauptmann v. Kessel hat mir das Ehrenwort gegeben, daß für mich in weitgehender Weise gesorgt werden und daß ich auch einen Auslandspaß erhalten würde. Den Paß habe ich nicht erhalten. R. A. K. A. K.: Ist dem Zeugen bekannt, daß Marloh gemeint hat, als er bei der Flucht ins Auto stieg? Zeuge: Ich habe davon wohl gehört, gesehen habe ich es nicht.

Es wird dann der 64jährige Generalleutnant Eggelsen v. Dergen vernommen. Vorf.: Eggelsen waren wohl bei der Unterredung zwischen Hauptmann v. Kessel und Pirater Rump zugegen, in der sich v. Kessel darüber äußerte, daß er den Befehl für die Freischüßung gegeben habe, und in der er auch behauptete, daß er den Befehl Reinbarths abgemittelt habe? Zeuge: Ich nahm auf Wunsch des Pirater Rump an dieser Besprechung teil. v. Kessel hatte sich mehrmals telefonisch angefragt, ob eine zweite Flucht möglich sei. Kessel hatte zunächst geantwortet, daß ich nicht an der Unterredung teilnehmen sollte. Ich ging daraufhin, wurde aber nach einigen Minuten wieder hereinbeordert. Kessel bestand darauf, daß es unbedingt notwendig sei, daß Marloh verschwinde, es läge nicht im Interesse der höheren Dienststellen, wenn er hier bliebe. Es dürfte nicht verhandelt werden, daß Marloh verschwinde. In wessen Auftrag sind Sie hier und in wessen Auftrag verhandeln Sie? Ich muß das wissen, sonst hat die Unterredung für mich keinen Wert.“ Darauf erwiderte Kessel:

„Ich habe Versuchsarbeiten und Finanzleute hinter mir, die nicht genannt sein wollten.“

Er sagte weiter: „Es handelt sich um eine höhere diplomatische Persönlichkeit, die an ihn herangekehrt sei.“ Ich verlangte hierauf, Bitte nennen Sie Namen, sonst hat die Sache für mich keinen Zweck.“ Kessel antwortete, er dürfe Namen nicht nennen. Ich setzte dann die Gründe auseinander, die gegen die Flucht Marlohs sprachen. Kessel erklärte dann bei der Unterredung noch, daß Marloh sich bei der Ausführung des ihm erteilten Auftrages hervorragend benommen und nur auf Befehl gehandelt habe. Ich sagte zu Kessel, ich könne mir wohl denken, daß es Personen gäbe, denen eine Verhandlung nicht genehm sei. Darauf erwiderte Kessel:

„Es läge im Interesse des Nordes Lüttich, Koffes, Melnarbbs und in seinem Interesse, daß nicht verhandelt werde.“

Da Kessel immer wieder mit dem Hinweis auf das vaterländische Interesse kam, sagte ich, die Angelegenheit könne doch dem Vaterlande gleichgültig sein, es handle sich hier doch um die Frage, daß Marlohs Schuldlosigkeit erwiesen würde. Da Marloh auf Befehl

gehandelt habe, so sei er unbedingt gebüht und es liege im Vaterländischen Interesse, daß es zur Verhandlung komme. Kessel wand sich ängstlich hin und her.

Es ist nicht richtig, daß Rump Herr v. Kessel ein Ultimatum gestellt hat. Das ist unrichtig. Es ist auch nicht richtig, daß eine Erpressung verübt worden ist. Ich habe die Forderung von 500 000 Mark gestellt, in der festen Meinung, daß Kessel diese Forderung entrichtet zurückweisen würde. Das ist aber nicht geschehen, sondern er leide sich auf Handel. Kessel hat bei der Unterredung einen vollkommen ungünstigen Eindruck auf mich gemacht. Er versteckte sich dauernd hinter seine Vorgesetzten und stellte sich nicht vor seine Untergebenen, sondern hinter dieselben. Wir haben seinen Zweifel daran gelassen, daß wir kein Interesse an der Flucht von Oberleutnant Marloh hätten. Aber wenn Marloh fliehen sollte, dann müsse für den Krüppel gesorgt werden. Deshalb stellten wir die Forderung von 500 000 Mark. Die Erwägung, Marloh ins Baltikum zu schaffen, geschah meiner Ansicht nach nur in der Absicht, ihn zu beseitigen. Die Verhandlung geht weiter.

Gewerkschaftliches.

Erklärung und Richtigstellung.

Wir erhalten folgende Zuschrift mit der Bitte um Veröffentlichung:

Die in Ihrer Nummer vom 29. 11. unter der Überschrift „Niedrige Methoden“ gebrachte Notiz veranlaßt mich zu folgender Erklärung und Richtigstellung.

Es ist richtig, daß das in Rede stehende Rundschreiben des Vorstandes des D. R. Verbandes von mir „verfaßt“ wurde und der Vorstand in „seiner Gesamtheit“ nicht dazu Stellung genommen hat. Richtig ist aber auch, daß drei in den Vorstand neu gewählte besetzte Mitglieder den Entwurf des Rundschreibens vor seiner Trudlegung durchgesehen haben und von ihnen keinerlei Einwendungen dagegen erhoben worden sind.

Was zur Konfirmierung des Vorstandes, die bis jetzt noch nicht erfolgt, werden die Geschäfte von den auf der Generalversammlung des Verbandes gewählten besetzten Vorstandsmitgliedern auf Grund bestimmter Absprachen geführt. Die jeweils in Sitzung anwesenden Vorstandsmitglieder verständigen sich über wichtige Fragen von Fall zu Fall. Das ist auch in bezug auf das Rundschreiben geschehen. Es ist deshalb wenig „kollegial“, wenn von „gutunterrichteter Seite“ der Ansicht erwidert wird, als ob nur die alten Vorstandsmitglieder das Rundschreiben herausgegeben hätten und die nötige Vorsicht dabei außer acht gelassen worden wäre.

Der Versand des Rundschreibens an die Ortsverbände und Bezirksleitungen erfolgte in geschlossenem Brief. Damit war der vertrauliche Charakter des Rundschreibens für jeden Empfänger deutlich erkennbar. An andere als berechnete Empfänger ist das Rundschreiben weder von mir, noch von den mit dem Versand beauftragten Angestellten der Hauptverwaltung des D. R. V. geschickt worden. Damit fallen alle auf Stuttgart als Informationsquelle abzielenden Kombinationen der „gut unterrichteten Seite“ in sich zusammen. G. Reichel.

Der Verband der Buch- und Steindruckereiarbeiter hat am Sonntag vormittag, 10 Uhr, in der Buchdruckerei in der Hübnerstraße seine Versammlung ab. Die Rechtssozialisten gestühl auf den Bezirksverband der S. R. D. wenden alle Mittel an, um oben auf zu kommen und der verdrängten Opposition einzugewöhnen. Die schlechtesten Mittel sind ihnen gerade recht. Es ist dringend erforderlich, daß alle Kollegen und Kolleginnen, die auf den Boden des Klassenkampfes und des Rätedenkens stehen, zahlreich und pünktlich zur Stelle sind.

Groß-Berlin.

Massenschlachtung von Ferkeln.

Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, sollen 800 000 Ferkel wegen Mangel an Futtermitteln abgeschlachtet werden. Unserer Meinung nach ist dieser Grund aber nicht der Maßgebende, sondern es steht da etwas anderes dahinter. Am 4. 12. kam ein Posten von 407 Stück in Berlin auf dem Schlachthof an. Das Durchschnittsgewicht der Ferkel betrug 18,4 Kilogramm. Es waren Tiere darunter, welche nur 8 Pfund wogen. Wie mir in Erfahrung gebracht haben, hat die Abschachtung ein gewisser Herr Anton in der Hand. Der Kreisarzt des Berliner Schlachthofes hat diese Tiere zur Schlachtung freigegeben. Wir fragen, aus welchem Grunde?

Auf Betreiben des Arbeiterrates des Berliner Schlachthofes und weil die Gefallen sich weigerten, diese Tiere zu schlachten, sind die Ferkel nicht geschlachtet worden. Berlin soll 50 000 solchen Ferkel bekommen.

Will der Reichswirtschaftsminister durch solche Massenschlachtungen von Ferkeln unseren Viehbestand bzw. unsere Schweinezucht heben?

Was wird jetzt mit diesen Ferkeln? Werden die anderen 250 000 abgeschlachtet oder was geschieht mit diesen Ferkeln?

Titel Kommunist.

Einem Arbeiter ging die Souveränität mit der Anschrift zu: In den Kommunisten Herrn ... Herrs Dummheit auch, so hat es doch Methode. Der Empfänger hat gegen diese parteipolitische Auszeichnung der Souveränität Beschwerde eingelegt. Offenlich läßt die Antwort nicht lange auf sich warten.

In die Stadtverordnetenversammlung wird als Nachfolger für den verstorbenen Genossen Hermann Barentin Wilhelm Thiel eintreten.

Proletarisches Theater des Bundes für proletarische Kultur. Am Sonntag, 14. Dezember, nachmittags 4 Uhr, findet im großen Saal der Philharmonie, Bernburger Str. 22, die Eröffnung der Proletarischen Theaters des Bundes für proletarische Kultur statt. Aufgeführt wird „Freiheit“ von Herbert Kranz. Das Theater wird vom Januar an in Fabrikküchen, Volkshäusern usw. vor Arbeiter und Angestellten spielen.

Ein Orchester-Bratschen-Abend findet am Sonntag, 7. Dezember, abends 8 Uhr, in der Stadthalle, Klosterstraße, statt. Mitwirkende: Helling-Exio, Ida Moritz-Bähler, Paula Weber, Dr. Max Vohl.

Bei einem Kraftwagen-Überfahren wurde gestern in der Berliner Straße ein acht Jahre alter Knabe Charles Thiel aus der Straßenstraße. Schwereverletzt wurde der Knabe nach dem Krankenhaus gebracht, er dürfte aber kaum mit dem Leben davonkommen.

Mitglieder beim Amtsdirektor. Hingehört gehen uns Beschwerden darüber zu, daß alle diejenigen, die vor dem Amtsgericht erscheinen, um ihren Austritt aus der Landesliste zu protokollieren zu geben, Stundenlang warten müssen, ehe sie vorgelassen werden. Wiele müssen den Weg sogar doppelt und dreifach machen. Warum stellt man für diese Arbeit nicht Arbeitskräfte ein, wenn

Die Beamten zu ihrer Beförderung nicht ausreichen? Das arbeitende Publikum kann von den Behörden eine schnelle Abfertigung verlangen.

Elternräte. Sonntag, den 7. Dezember, vormittags 9 Uhr, in der Schule hinter der Garnisonkirche 2, Versammlung aller bereits tätigen und vorbereitenden Elternräte. Stellungnahme zu der Verordnung über Elternräte. Mitglieder der Vereinigung sozialistischer Lehrer und Lehrerinnen, sowie Mitslieder aller Elternkommissionen sind hiermit besonders eingeladen.

Lebensmittellisten.

Spandau. Der Preis für eine Mittagsportion in der Kriegsküche beträgt von Montag, den 8. d. M., ab 1 Mk. für eine halbe Portion 50 Pfg. Bei einer großen Anzahl von Geschäften sind noch Coupons oder Teilmarken auf Feld 351 zu haben.

Intern. Band der R.-B. und R.-D., Bez. Norden 4. Dienstag, den 8. Dezember, abends 7 Uhr. Bezirksversammlung bei Strauß, Pappelallee 25. Kuschele mibringen!

Aus den Organisationen.

17. Bezirk, 18. Bezirk die Bezirke 740-750, 750, 757, 18. Bezirk die Bezirke 751 und 752. Ergebnis der am 21. November 1918 stattgefundenen Urwahl des Exekutivrates der Spedition Wobbling (Postleier):

von Fronhe (1909), Julius Schultze (1907), Paul Krouse (1911), Richard Selzer (1914). Der Genosse Franke ist somit gewählt.

Vereinskalender.

Bildungsvereinigung. Sonntag in der Kasse Tordtstraße 10. Abends unter Mitwirkung von Max Trapp (Klavier), Ida Barth zur Nieden (Gesang), Ludwig Hardt (Rezitation). Eintrittskarten zu 1,25 Mk. sind in der Buchhandlung „Freiheit“, Schiffbauerdamm 19, im Bureau, Redakteurstroße, und in den „Freiheit“-Speditionen, Rechts-Str. 3, und Emserstraße 32, zu haben.

Oppositionelle Buchdruckerei Flugblätter zur Bauernfrontbewegung sind abzuholen bei Baum, Stallstraße 47, Sonntag von 10 Uhr vormittags ab und Montag von 5 Uhr ab.

Internationaler Bund der Kriegsgescheiterten, Teilnehmer und Kriegsernteliebenden, Bezirk Nord n. IV. Dienstag, den 9. Dezember, abends 7 Uhr. Bezirksversammlung bei Strauß, Pappelallee 25. Kuschele mibringen!

Aus den Kinos.

Im Schwelzergarten-Lichtspielhaus am Friedrichshagen 29/32 läuft vom 6. bis 11. Dezember das grandiose Filmmittelbild und bis 18. Dezember die Fortsetzung Filles Che noch dem bekannten Roman von Jeanne Valéris. Der Film schildert das Leben und Treiben der eleganten Welt in Berlin W. Außerdem läuft bis 8. Dezember das logische Volksdrama: Der Sohn der Magd.

Beschäftigte Mitteilungen.

Im Infanterie der heutigen Morgennummer der Firma M. K. 1116, Loch- und Lederstiefel, muß es heißen: Brunnenstr. 179, nicht: Wobblingstraße.

Verantwortlich für die Redaktion Alfred Dielepp, Redaktions-Berlagsgenossenschaft „Freiheit“, e. V. m. b. H. Berlin - Druck im Lindendruckerei und Verlags-Gesellschaft m. b. H. Schiffbauerdamm 19.

Der Münchener Gesellenmord

(21 Bilder der Ermordeten)

Die Blutschuld der Presse

(Eine Tabelle.)

FREIE WELT

Heft 29.

Die Wunder der Natur

Ein populäres Prachtwerk über die Wunder des Himmels, der Erde der Tier- und Pflanzenwelt sowie des Lebens in den Tiefen des Meeres.

3 Prachtbände in Großquart-Format 76 M. mit 1500 Illustrationen, darunter 130 bunte Beilagen.

Verarbeitet von 32 der bedeutendsten Naturforscher des In- u. Auslandes, darunter Wilhelm Ostwald, Dr. O. Thamer, Camille Flammarion, August O. Franke, Prof. Dr. Ernst Haeckel, Dr. Emil Seeliger, Dr. F. Steudner, Prof. C. Neuberger, Prof. Dr. F. Schwegler usw.

Aus dem Inhalt sei nur aufgeführt: Erscheinungen der Erdoberfläche. Gletscher / Wasser u. Wind als Baumeister / Die Gletscher im Gebirge / Insekten als Baumeister / Die Tierwelt der Erde usw.

Bestellschein. Unterzeichnete bestell' hiermit bei der Buchhandlung A. Wollbrück & Co., Berlin W. Die Wunder der Natur 3 Prachtbände in Großquart-Format M. 76,-

Zähne mit echtem Friedenskraut-schuk von 4 Mark an. Teilzahl. Zahnleben m. Zahn, fast vollst. schmerzlos. Goldkrone von 20 Mk. an. Zahn ohne Gummiplatte. Umarmung schlechtl. Gebisse. Reparaturen sofort.

Weihnachtsbücher. kauft man schon jetzt in der Buchhandlung der „Freiheit“, Schiffbauerdamm 19.

Werkzeuge und Maschinen. Spiralböhler, neue, kauft Wagenbau, Brunnenstr. 66. Kauft Spiralböhler sowie sämtliche Werkzeuge.

Spezial-Behandlung v. Geschlechts-, Haut-, Harn-, Frauenleiden, spez. veraltete, hartnäckige Harnleiden, nerv. Schwäche, Salvarian-Kuren, Uterin- und Blutuntersuchung, Licht- und Finnen-Behandlung, Schnell, sicher, ohne Herabsetzung, Günstige Wartezimmer für Damen und Herren. Aerztliche Heilanstalt.

Metalle. Quecksilber kauft Weimann, Lindenstr. 20. Gold, Silber, Münzen, Uhren, Wertgegenstände kauft Höchstzahlend, Schubert, Beerwaldstraße 51.

Tätowieren. Wie ich meine Schmerzen, ob Stach, unentgeltlich selbst tätowieren lasse. Charlottenburg, Kantowstraße 10-12, 3-7, Sonntag 10-12.

Verkaufe. Gardinenverkauf zu standort billigen Preisen. Kleiderstoffe verkauflich. Anzug 110,-, Kostüm 125,-, Schöner Allee 133 a Bilderlände.

Lack- u. Lederstiefel von der Firma A. Klein. Brunnenstraße 179 Tauentzienstr. 18. Riese Auswahl... Grosse Preiswürdigkeit. Bis zum Weihnachtsfest gewähren wir 5% Rabatt.

Unterrichten. Richtige deutsche sprechen, schreiben, verstehen, erfolgreich lehren. Lehrer, Assistenten, karte 157, Bismarckstr.

Möbel. Möbel, Spiegel und Porzellanwaren gegen Kasse und Teilzahlung. S. Frau, Friedrichstraße 7, Nähe Bellevue-Platz.

Kupfer. Messing, Quecksilber, sämtliche Metallarbeiten, sowie Platin Gold Silber! Zahngelisse kauft zu allerhöchsten Schmelzpreisen. WEIDENWEG 72.

Tiermarkt. Lerchhäuser, verkauft Krüger, alle 44. Hunde 20,- und Capellen Hausdame, Wobblingstraße 36.

Möbel. Möbel, kompl. Wohnungs-einrichtungen sowie einzelne Ergänzungsstücke jeder Art, große Auswahl in guter Ausführung zu äußerst billigen Preisen.

Kaufgesuche. Altmalle, Quecksilber zu höchsten Tagespreisen kauft jeden Posten Metallschmelze, Invalidenstr. 14, Norden 90/91.

Insereate. für den Anzeiger, 4 Linien, 1 Tag, 10,-, 2 Tage, 18,-, 3 Tage, 25,-, 4 Tage, 32,-, 5 Tage, 38,-, 6 Tage, 45,-, 7 Tage, 52,-, 8 Tage, 60,-, 9 Tage, 68,-, 10 Tage, 75,-, 11 Tage, 82,-, 12 Tage, 90,-, 13 Tage, 98,-, 14 Tage, 105,-, 15 Tage, 112,-, 16 Tage, 120,-, 17 Tage, 128,-, 18 Tage, 135,-, 19 Tage, 142,-, 20 Tage, 150,-.